

## Pressemitteilung

03.03.2021

### **DBV kritisch bei nationalem Lieferkettengesetz**

Schutzziel muss vorrangig über die EU-Handelspolitik umgesetzt werden

(DBV) Das Bundeskabinett hat heute den Entwurf für ein Lieferkettengesetz beschlossen. Der Deutsche Bauernverband fordert anstelle eines deutschen Lieferkettengesetzes einen europäischen Ansatz: „Wir erwarten, dass grundlegende Menschenrechte bei der Herstellung von Produkten, die in die EU importiert werden, eingehalten werden. Solche Dumping-Importe dürfen gar nicht erst auf den EU-Markt gelangen. Hier ist die EU-Handelspolitik gefordert. Ein Lieferkettengesetz kann das nicht adäquat leisten und wälzt neue bürokratische Auflagen auf die Wertschöpfungsketten ab, indirekt auch auf die deutsche Landwirtschaft, beispielsweise bei der Dokumentation von Futtermitteln.“ Der DBV fordert zusätzliche Bürokratielasten für kleine und mittlere Unternehmen soweit wie möglich zu vermeiden.

Link zum Positionspapier des Deutschen Bauernverbandes: [Deutscher Bauernverband e.V. - DBV-Position zum geplanten Lieferkettengesetz](#)

Autor	Deutscher Bauernverband
Rückfragen an	DBV-Pressestelle
Telefon	030-31904-240
Anschrift	Claire-Waldoff-Str. 7, 10117 Berlin
Copyright	DBV
E-Mail	<a href="mailto:presse@bauernverband.net">presse@bauernverband.net</a>
Homepage	<a href="http://www.bauernverband.de">www.bauernverband.de</a>
Twitter	@Bauern_Verband
Facebook	@DieDeutschenBauern